

Kolumne

Tobias Bayer: Die nächste Stromkrise

von [Tobias Bayer](#)

Nach Öl und Gas ist der Emissionshandel der nächste Treiber für den Strompreis. Die Europäische Union muss gegensteuern - will sie einen horrenden Preisanstieg verhindern.

Neues aus der Serie "Menschen, die Märkte bewegen und die keiner kennt". Diesmal: Jos Delbeke und Peter Zapfel. Die beiden Mitarbeiter der EU-Kommission sind für den europäischen Emissionshandel (EU ETS) zuständig - und damit indirekt für Ihre Stromrechnung. Denn abgesehen von steigenden Öl- und Gaspreisen, abgesehen von mangelndem Wettbewerb unter den Energieversorgern und abgesehen von fehlenden Kraftwerkskapazitäten sind Delbekes und Zapfels Vorschläge das größte Risiko für horrend Strompreise in der Zukunft. Und die Zukunft, die beginnt jetzt.

Dazu müssen Sie wissen: Seit 2005 erhalten die Versorger und die Industrie in Europa ein Budget an CO₂-Zertifikaten. Übersteigt der tatsächliche Ausstoß die Zuteilung, kaufen die Unternehmen die fehlenden Rechte auf dem Markt zu. Dadurch bildet sich ein Preis für Kohlendioxid - der in der Kalkulation berücksichtigt wird. Umweltschützer begrüßen das, weil somit schmutzige Energieformen wie Kohle unrentabler werden. In Deutschland erklärt das laut dem Ökonomen Axel Ockenfels von der Universität Köln bereits einen Großteil des satten Strompreisanstiegs der vergangenen Jahre.



Seit 2005 erhalten die Versorger und die Industrie in Europa ein Budget an CO₂-Zertifikaten

War die erste Phase des EU ETS noch zu großzügig, haben Delbeke und Zapfel für die sich von 2008 bis 2012 erstreckende zweite Handelsperiode und die darauf folgende Phase III die Schrauben enorm angezogen. Und zwar so stark, dass einige Experten mit Blick auf den CO₂-Preis schon von einem "Fat-Tail-Risiko" sprechen. Das heißt: von einer Preisspitze, bei der die Notierungen von derzeit 25 Euro pro Tonne Kohlendioxid auf 80 Euro, 100 Euro oder mehr hochschnellen könnten - mit gravierenden Folgen für alle Stromverbraucher.

Große Unsicherheit bei Klimaprojekten

Ursache für die extremen Preiserwartungen sind erstens die anspruchsvollen Reduktionsziele innerhalb Europas. Nach Berechnungen von Mark Lewis, Emissionshandelsexperte bei der Deutschen Bank, stehen den Unternehmen in den fünf Jahren bis 2012 rund zwölf Prozent weniger Rechte zur Verfügung als in der ersten Phase. Mittelfristig schwer abzuschätzen sind die Effekte eines möglichen Einbeziehens der Fluggesellschaften in den Emissionshandel - das wird in Europa debattiert - und des Kernenergieausstiegs in Deutschland. Erschwerend kommt hinzu, dass die Unternehmen ihre Zertifikate von der zweiten in die dritte Phase übertragen können. Da es in letzterer noch knapper zugeht, wird das Angebot weiter eingeschränkt. Alles in allem kann getrost festgehalten werden: Im EU ETS wird es richtig eng zugehen.

Der zweite wichtige Faktor hat mit Klimaprojekten in Schwellenländern zu tun, dem sogenannten Clean Development Mechanism (CDM) unter dem Kioto-Protokoll. CDM ermöglicht es den Unternehmen, durch das Senken von Treibhausgasemissionen in Ländern wie China oder Indien ihre Klimaschutzauflagen in Europa zu erfüllen. Da die CDM-Zertifikate mit einem Abschlag zu europäischen Rechten notieren, ist das eine kostengünstige Alternative. Mehr als 1050 Projekte wurden bereits vom Klimasekretariat der Vereinten Nationen genehmigt. Die Weltbank schätzt den Wert der vollzogenen Transaktionen allein im Jahr 2007 auf 7,4 Mrd. \$.

Doch mit der Euphorie ist es vorbei: Da bisher kein Kioto-Folgeabkommen unterzeichnet worden ist, steht hinter dem gesamten CDM-Markt ein dickes Fragezeichen. Die EU-Kommission - jetzt kommen Delbeke und Zapfel ins Spiel - hat in ihren Vorschlag für Phase III die Höchstgrenze für CDM-Zertifikate nahezu auf dem bisherigen Wert eingefroren. Der Grund: Sie will große Treibhausgasemittenten wie die USA, China oder Indien am Post-Kioto-Verhandlungstisch unter Zugzwang bringen. Zapfel sagte zuletzt auf einer Konferenz: "Europa hat mehr als alle anderen CDM unterstützt. Wir können das nicht länger alleine leisten."

Mag die harte Haltung auch verständlich sein, so hat sie doch ungemütliche Konsequenzen. Denn die rigide Haltung des Klimaschutzvorreiters Europa gegenüber CDM bringt nicht nur die noch junge Industrie der Projektentwickler in Gefahr. Sie engt auch den Spielraum der europäischen Unternehmen ein. Und am Ende spürt das der Stromverbraucher im eigenen Portemonnaie.

Hilfe für CDM und Stromverbraucher

Damit kein Zweifel besteht: Der Emissionshandel ist ein geeigneter Mechanismus im Kampf gegen den Klimawandel. Doch die Experimentierphase ist vorbei. Nachdem in der ersten Phase viel zu viele Zertifikate zugeteilt worden waren, besteht nun die Gefahr, dass sich der EU ETS bei extremen Preisspitzen als massive wirtschaftliche Belastung entpuppt, die dann auch politischen Unmut wecken kann.

Wichtig ist deshalb, dass die EU sich klar für den CDM ausspricht. Voraussetzung dafür: Die Qualität der Klimaprojekte in Schwellenländern muss besser werden. Nur ein Beispiel: Michael Wara von der Stanford University hat sich mit dem Treibhausgas Trifluormethan auseinandergesetzt, das bei der Herstellung von Kühlmitteln entsteht. Nach Waras Berechnung ist der Wert der Kühlmittel nur halb so groß wie der Wert der CDM-Zertifikate, die es für entsprechende Einsparungen gibt. Mit anderen Worten: Es lohnt sich, die Produktion auszuweiten, um dann die Emissionen zu senken. Moral Hazard beim Klimaschutz also. Wenn mit solchen Perversitäten Schluss ist, hat der CDM eine Existenzberechtigung. Von ihm profitieren nicht nur die Schwellenländer, sondern auch die europäische Wirtschaft.

Ferner muss über unterstützende Maßnahmen für den Privatverbraucher nachgedacht werden. Besonders Haushalte mit geringem Einkommen leiden unter steigenden Energie- und Strompreisen. Wenn es politisch gewollt ist, durch höhere CO₂-Preise alternative Energieformen zu fördern, sollte die Öffentlichkeit darauf auch finanziell vorbereitet werden. Denkbar ist beispielsweise, die Erlöse aus der Auktionierung von Zertifikaten - zumindest teilweise - den unteren Einkommenschichten zukommen zu lassen. Im Jargon der Bürokratie ausgedrückt: statt Hartz IV eben Zapfel IV.

Tobias Bayer ist Redakteur im FTD-Finanzressort.

Aus der FTD vom 20.05.2008

© 2008 Financial Times Deutschland, © Illustration: Bloomberg

ZUM THEMA

- [Energie: Gutes Klima für Verschmutzer](http://www.ftd.de/politik/deutschland/Energie%20Gutes%20Klima%20Verschmutzer/345052.html)
(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/Energie%20Gutes%20Klima%20Verschmutzer/345052.html>)
- [Emissionshandel kann CO₂-Ausstoß nicht bremsen](http://www.ftd.de/politik/deutschland/Emissionshandel%20CO2%20Aussto%DF/337024.html)
([http://www.ftd.de/politik/deutschland/Emissionshandel%20CO₂%20Aussto%DF/337024.html](http://www.ftd.de/politik/deutschland/Emissionshandel%20CO2%20Aussto%DF/337024.html))
- [Deutschland schützt Energie-Großverbraucher](http://www.ftd.de/politik/europa/Deutschland%20Energie%20Gro%DFverbraucher/318998.html)
(<http://www.ftd.de/politik/europa/Deutschland%20Energie%20Gro%DFverbraucher/318998.html>)
- [RWE und Steag stoppen Bau von Kraftwerken](http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/RWE%20Steag%20Bau%20Kraftwerken/310653.html)
(<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/RWE%20Steag%20Bau%20Kraftwerken/310653.html>)
- [Brüssel verheißt Ökobranche Milliarden](http://www.ftd.de/politik/europa/Br%FCssel%20%DF%20%20D6kobranche%20Milliarden/305903.html)
(<http://www.ftd.de/politik/europa/Br%FCssel%20%DF%20%20D6kobranche%20Milliarden/305903.html>)